

«Ablehnung sämtlicher Massnahmen ist kurzsichtig»

VADUZ. Das Ministerium für Gesellschaft nimmt zu den Aussagen des Seniorenbunds betreffend der AHV-Revision wie folgt Stellung: «Der Vorstand des Liechtensteiner Seniorenbunds (LSB) hat sich im Rahmen einer Medienkonferenz heute zur Stellungnahme der Regierung an den Landtag betreffend die AHV Revision geäussert.

Als Fazit stellt der Seniorenbund fest, dass er sich praktisch gegen alle Massnahmen der Regierung ausspricht und einen

um CHF 20 Mio. höheren Staatsbeitrag fordert als in der Vorlage vorgesehen.

Der Landtag wird sich aller Voraussicht nach in der nächsten Sitzung mit der AHV-Revision befassen und die verschiedenen Massnahmen diskutieren, welche die nachhaltige Sicherung der AHV für die kommenden Generationen zum Ziel haben. Es ist nachvollziehbar, wenn zu einzelnen Massnahmen unterschiedliche Meinungen vertreten werden. Sich mit der Ablehnung

sämtlicher vorgeschlagener Massnahmen aber grundsätzlich gegen eine nachhaltige finanzielle Sicherung der AHV zu stellen, ist nach Ansicht des Ministeriums für Gesellschaft kurzsichtig und wird den nachfolgenden Generationen nicht gerecht.

Als besonders unverständlich nimmt das Ministerium die Kritik des Seniorenbunds an der Frühpensionierungsregelung wahr. Der LSB möchte die heute bestehende Flexibilität beim Rentenantritt deutlich ein-

schränken und die Kürzungssätze für den früheren Rentenantritt erhöhen. Ein flexibles Renteneintrittsalter mit einem fairen finanziellen Ausgleich stellt eine grosse Errungenschaft in unserem AHV-System dar und ermöglicht individuell angepasste Lösungen.

Die vom LSB verlangte finanzielle Schlechterstellung der Pensionäre im Bereich des flexiblen Rentenalters ist aus sozialpolitischen Überlegungen unverständlich.» (pd)